

Politischer Abend des „Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Köln-Istanbul“ e.V.

Am 27. April 2017 fand der diesjährige „Politische Abend“ des Städtepartnerschaftsvereins Köln-Istanbul statt. Eingeladen war diesmal Prof. Dr. Haci-Halil Uslucan, Professor für moderne Türkeistudien an der Universität Duisburg-Essen sowie wissenschaftlicher Leiter des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung. Er referierte vor ca. 80 Besucherinnen und Besuchern zum Thema: **„Die jüngsten politischen Entwicklungen in der Türkei und ihre Auswirkungen auf die deutsch-türkische Community in Deutschland“**

Zunächst gab Prof. Uslucan einen Rückblick auf Präsident Erdogans Weg vom demokratischen Reformer zum Autokraten:

Einst konnte die AKP als Reformpartei eine Veränderungsdynamik auslösen und damit die politische und wirtschaftliche Transformation des Landes vorantreiben. Es gelang ihm in den Jahren 2002 bis 2010 die Wirtschaft nach der massiven Krise zuvor zu konsolidieren, demokratische Reformen durchzusetzen. Im Oktober 2005 den EU-Kandidatenstatus zu erzielen und die innere Befriedigung der Gesellschaft durch eine lösungsorientierte Kurdenpolitik voranzutreiben, was bis zum Frühjahr 2014 andauerte. Seit einer Verfassungsänderung im Jahre 2010, die eine Reihe von Grundrechtsverbesserungen vorsah, hat er die Macht der Militärs beschnitten und die Justiz neu geordnet.

Seitdem sind 7 Jahre vergangen, in denen Erdogan seine Macht kontinuierlich ausbaute und seinen Nimbus als Reformpolitiker einbüßte. Im August 2014 wurde er der erste direkt gewählte Staatspräsident und hat de facto auch die exekutive Gewalt übernommen. Die Vereitelung des Putschversuches vom 15. Juli 2016 erlaubte ihm, im Rahmen des Ausnahmezustandes seine einstige Weggefährtin, die Gülen-Bewegung, zu zerschlagen, Oppositionelle und Journalisten zu verhaften und die Geschicke des Landes und seiner Partei ohne politische Widersacher zu bestimmen.

Ursprünglich sollte die geplante erneute Verfassungsänderung 2017 die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger, die Gewaltenteilung und eine pluralistische politische Willensbildung garantieren. Die nun von AKP und MHP durchgesetzte Verfassungsänderung erfüllt diesen demokratischen Konsens- Pluralismus- und Beteiligungsanspruch nicht.

Im weiteren Verlauf ging Prof. Uslucan auf die Inhalte der Verfassungsänderung und auf die Vorwürfe der Wahlmanipulation ein. Dabei wurden vor allem die ungleichen Wettbewerbsbedingungen beim Wahlkampf, die Verhaftungen der HDP-Politiker sowie die Zulassung von nichtgestempelten Stimmzettel durch den Hohen Wahlausschuss dargestellt, was nach Meinung von Michael Georg Link, dem Chef der OSZE-Wahlbeobachter, gegen das türkische Recht verstoßen hat.

Das Ja-Lager hat in vier der fünf großen Metropolen des Landes, insbesondere im Istanbul und Ankara verloren sowie unter Erstwählern und bildungserfolgreichen Schichten.

In Deutschland haben die Erdogan-Anhänger vor allem bei konservativ-religiösen Wählerschichten gewonnen, was u.a. aufgrund des bestens organisierten konservativen Milieus (UETD, lokale Vereine, Moscheen) ermöglicht wurde.

Einige Gründe für das Verhalten der türkischen Community in Deutschland:

- Eine tiefesitzende Angst vor Instabilität und Wirtschaftskrisen
- Sie wollen einen starken Führer, der ihnen auf den politischen Handlungsfeldern Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und innere Sicherheit Besserung verspricht

Die Vor-AKP-Ära steht bei ihnen für Wirtschafts- und Regierungskrisen, Hyperinflation und einer Türkei, die als Bittsteller vor den Toren des IWF, der EU oder der Weltbank stand. Erdogan vermittelt ihnen das Gefühl, Teil einer großen türkischen Nation zu sein und gibt ihnen zugleich Stolz, Selbstachtung und Würde, die im Migrationsprozess durch den niedrigen sozialen Status im Vergleich zur Mehrheitsgesellschaft lädiert sein könnte. Erdogan-Bashing verstehen die Deutsch-Türken vielfach als Türkei-Bashing, weshalb auch etliche Nicht-AKP-Anhänger als Trotzreaktion in die Arme Erdogans getrieben haben kann.

Die Wahlen im Ausland haben aber nur minimal zum Wahlausgang beigetragen (additiv: 0,23 %). Eine Mehrheit von 53,8% der türkischen Staatsangehörigen hat nicht gewählt, 1,5 Mio. Türkeistämmige haben inzwischen die türkische Staatsangehörigkeit aufgegeben.

Wie geht es weiter?

Bei der Wiedereinführung der Todesstrafe wird Erdogan sein Land endgültig vom Westen isolieren, obwohl die Türkei angesichts der Wirtschaftslage auf Investoren, Kapital und Touristen angewiesen ist.

Die CHP muss sich personell und inhaltlich in Richtung einer sozialdemokratischen Partei erneuern, um auch stärker Wähler aus bildungsfernen und ärmeren Schichten anzusprechen.

Zusammenfassung: Walter Kluth